

Über konsumsteuerfinanzierte Grundeinkommensmodelle

Versionsstand 0.1

Anregungen und Kritik willkommen

Bitte an Michael Ebner / piraten@tabu-datentechnik.de

In der Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) werden häufig konsumsteuerfinanzierte Modelle propagiert. Kritik an diesen Modellen kommt häufig aus der Perspektive der sozialen Gerechtigkeit - Bezieher hoher Einkommen würden steuerlich massiv entlastet, da ihr Konsum deutlich unterhalb des Einkommens liegt.

Im Folgenden soll ein anderer Kritikpunkt herausgearbeitet werden: Geht die Erwerbsquote massiv zurück - und dieser erwartete Rückgang wird ja häufig für die Notwendigkeit eines Grundeinkommens angeführt - dann werden die Steuersätze auf absurd hohe Werte ansteigen. Eine Konsumsteuerfinanzierung ist somit auf lange Sicht gesehen kein gangbarer Weg.

Herleitung der Formel

Es seien

StA Steuerausgaben des Staates

StE Steuereinnahmen des Staates

Auch wenn es ein Haushaltsdefizit oder ein Haushaltsüberschuss geben sollte, so liegen diese fast immer im unteren Prozentbereich, es lässt sich also formulieren:

$$StA = StE \tag{1}$$

Bei einem reinen Konsumsteuer-System resultieren alle Steuereinnahmen aus der Besteuerung des Konsums. Es gilt also:

NK Netto-Konsum (also Konsum ohne Konsumsteuer)

SS Steuersatz (ein Steuersatz von 100% wäre also 1)

$$StE = NK \cdot SS \tag{2}$$

Bezüglich der Ausgabenseite haben wir:

GE Grundeinkommen (Gesamtsumme)

SA Staatsausgaben (Verwaltung, Schulen, Infrastruktur...)

$$StA = GE + SA \quad (3)$$

Es soll alles relativ zum Netto-Konsum (NK) gerechnet werden:

SAF Staats-Ausgaben-Faktor als Quotienten aus Staatsausgaben geteilt durch Netto-Konsum

$$SA = NK \cdot SAF \quad (4)$$

Die Formeln (1) bis (4) zusammengefasst gilt

$$NK \cdot SS = GE + NK \cdot SAF \quad (5)$$

Die Bevölkerung setzt sich zusammen aus Haushalten, die nur ein Grundeinkommen beziehen, und Haushalten, die daneben auch andere Einkommen beziehen. Es seien

K Konsum (alles Haushalte)

EQ Erwerbsquote (bezogen aus Haushalte)

M Mehrkonsumfaktor der Haushalte mit anderem Einkommen im Vergleich zu den reinen Grundeinkommensbeziehern. Bei $M = 1$ würden die exakt gleich viel konsumieren wie die reinen Grundeinkommensbezieher, bei $M = 2$ doppelt so viel.

$$K = GE(1 - EQ) + GE \cdot EQ \cdot M \quad (6)$$

Das lässt sich wie folgt umstellen:

$$K = GE(1 - EQ + EQ \cdot M) \quad (6a)$$

$$GE = \frac{K}{(1 + EQ \cdot M - EQ)} \quad (6b)$$

Um uns gleich die Rechnerei etwas zu vereinfachen, führen wir die Hilfsgröße E ein:

$$E = (1 + EQ \cdot M - EQ) = 1 + EQ(M - 1) \quad (7)$$

Die Formel (6b) lässt sich mit (7) wie folgt formulieren:

$$GE = \frac{K}{E} \quad (8)$$

Der Konsum setzt sich zusammen aus dem Netto-Konsum und den darauf anfallenden Konsum-Steuern:

$$K = NK + NK \cdot SS \quad (9)$$

Setzen wir (9) in (8) ein, so erhalten wir

$$GE = \frac{NK + NK \cdot SS}{E} \quad (10)$$

Nun setzen wir (10) in (5) ein und haben damit alles auf den Netto-Konsum bezogen:

$$NK \cdot SS = \frac{NK + NK \cdot SS}{E} + NK \cdot SAF \quad (11)$$

Somit können wir den Netto-Konsum heraus kürzen und erhalten:

$$SS = \frac{1}{E} + \frac{SS}{E} + SAF \quad (12)$$

$$SS - \frac{SS}{E} = \frac{1}{E} + SAF \quad (12a)$$

$$SS \cdot E - SS = 1 + SAF \cdot E \quad (12b)$$

$$SS(E - 1) = SAF \cdot E + 1 \quad (12c)$$

$$SS = \frac{1 + SAF \cdot E}{E - 1} \quad (12d)$$

Nun fügen wir unsere Hilfsgröße E aus Formel (7) wieder ein:

$$SS = \frac{1 + SAF(1 + EQ(M - 1))}{1 + EQ(M - 1) - 1} \quad (13)$$

$$SS = \frac{1 + SAF(1 + EQ(M - 1))}{EQ(M - 1)} \quad (13b)$$

Eine alternative Schreibweise wäre

$$SS = \frac{1 + SAF + SAF \cdot EQ \cdot (M - 1)}{EQ(M - 1)} \quad (14)$$

Daraus lassen sich schon gleich mal rein mathematisch die folgenden Schlussfolgerungen ableiten:

1. Der Steuersatz steigt mit dem Staatsausgabenfaktor SAF - das überrascht jetzt nicht wirklich.
2. Der Mehrkonsumfaktor M der Haushalte mit zusätzlichem Einkommen muss zwingend über 1 liegen, sonst wird der Nenner gleich 0.

Mathematisch gesehen könnte M auch kleiner 1 sein, die Bezieher sonstiger Einkommen verbrauchen dann weniger als die Grundeinkommensbezieher. Das würde dann zu einem negativen Steuersatz führen (der Konsum würde dann quasi bezuschusst), allerdings auch zu einem negativen Grundeinkommen - politisch gesehen ist das also kein Weg.

3. Bei sinkender Erwerbsquote steigt der Steuersatz.

Die Erwerbsquote

Wie wir schon in der Formel sehen, hängt der Steuersatz maßgeblich an der Erwerbsquote. Für alle reinen Grundeinkommensbezieher ist Konsumsteuer ein Nullsummenspiel: Das, was sie an Konsumsteuer bezahlen, mussten sie zuvor über das Grundeinkommen erhalten, das aus eben dieser Konsumsteuer finanziert wird.

Aus dem Mehrkonsum der Bezieher anderer Einkommen müssen nicht nur die anderen Staatsausgaben finanziert werden und der eigene Netto-Konsum, sondern auch der Netto-Konsum aller reinen Grundeinkommens-Bezieher.

Solange die Erwerbsquote relativ hoch ist, führt das bei einem reinen Konsumsteuermodell schon zu unschön hohen Steuersätzen. Sinkt jedoch die Erwerbsquote signifikant (und das ist ja das Szenario, das man häufig zur Begründung eines Grundeinkommens hört), dann wird der Steuersatz absurd hoch.

Gehen wir da mal mit realen Zahlen ran: Laut statistischem Jahrbuch 2016 (das derzeit Aktuellste) haben wir 2014 (neuere Zahlen sind da nicht drin) private Konsumausgaben von

2375 Mrd Euro gehabt. Rechnen wir da mal als Mix von verschiedenen Mehrwertsteuersätzen 10% raus (der größte Brocken sind da Wohnkosten, und die Mieten sind von der Mehrwertsteuer befreit), dann haben wir einen Netto-Konsum von 2160 Mrd Euro.

Diesen Netto-Konsum nehmen wir als konstant an. Natürlich wird die Erhöhung des Einkommens von finanziell Schwachen primär in den Konsum gehen, auf der anderen Seite wird eine massive Konsumsteuer dämpfenden Einfluss haben. Die Stärke dieser Einflüsse ist schwer zu prognostizieren, es wird daher pragmatisch unterstellt, dass sie sich gegenseitig kompensieren.

2014 haben wir Staatseinnahmen von knapp 1300 Mrd Euro, davon sind 482 Mrd Euro Sozialversicherungsbeiträge abzuziehen. Des weiteren sind rund 120 Mrd Euro an steuerfinanzierten Sozialleistungen abzuziehen, die bei einem Grundeinkommen wegfallen (ALG2, Kindergeld, ...), somit bleiben 698 Mrd Euro, daraus errechnet sich ein Staatsausgabenfaktor (SAF) von 0,32. Auf die wirklich exakten Größen kommt es hier gar nicht darauf an, es geht hier lediglich darum, wie sich die Steuersätze bei einem massiven Rückgang der Erwerbsquote entwickeln würden.

Zur Berechnung des Mehrkonsumfaktors (M) wird von einem Netto-Grundeinkommen von 800,- Euro ausgegangen, das wären Gesamtausgaben von 787 Mrd Euro.

Formel (6) lässt sich auch für den Netto-Konsum und das Netto-Grundeinkommen (NKE) aufstellen und lautet dann:

$$NK = (1 - EQ) \cdot NGE + EQ \cdot NGE \cdot M \quad (15)$$

Das lässt sich nach M umstellen:

$$M = \frac{NK - (1 - EQ) \cdot NGE}{EQ \cdot NGE} \quad (16)$$

Ausgehend von der jetzigen Arbeitsgesellschaft haben wir eine Erwerbsquote von real etwa 0,9 (also 90%). Das ist bezogen auf Haushalte, und Senioren, die zusätzlich zu ihrem Grundeinkommen ja auch noch Alterseinkünfte haben (und damit zum Mehrkonsum beitragen würden), sind hier in der Erwerbsquote subsummiert. Wir kommen damit auf ein M von etwa 2,9.

Wenn wir dann den Steuersatz bei einer Erwerbsquote von 90% ausrechnen, dann kommen wir mit einem Steuersatz von 109% ziemlich exakt auf die 100%, welche die Verfechter eines konsumsteuerfinanzierten Grundeinkommens immer ins Felde führen.

Was nicht passt sind die etwa 1000,- Euro Grundeinkommen, das müssten dann schon etwa 1670,- Euro sein - es sei denn, es passiert das, was diese Verfechter auch immer wieder anführen: Durch Wegfall der Einkommenssteuern werden die Löhne deutlich geringer, somit die Waren deutlich günstiger, somit würde man mit weniger Grundeinkommen auskommen. Ich bin von der Tragfähigkeit dieser Argumentation nicht überzeugt, für die weiteren Betrachtungen spielt das jedoch überhaupt keine Rolle, da die absolute Höhe überhaupt nicht von Relevanz ist.

EQ	M	SAF	SS	NK
0,9	2,9	0,32	109,19%	2132,77
0,8	2,9	0,32	118,84%	1983,24
0,7	2,9	0,32	131,25%	1833,71
0,6	2,9	0,32	147,79%	1684,18
0,5	2,9	0,32	170,95%	1534,65
0,4	2,9	0,32	205,68%	1385,12
0,3	2,9	0,32	263,58%	1235,59
0,2	2,9	0,32	379,37%	1086,06
0,1	2,9	0,32	726,74%	936,53

Tabelle 1: Steuersätze bei sinkender Erwerbsquote

Schauen wir uns mal an, was passieren wird, wenn die Erwerbsquote abfällt. Zunächst sei dabei angenommen, dass M und SAF konstant bleiben. Wir sehen zunächst ein mäßiges Ansteigen des Steuersatzes bis zu einer Erwerbsquote von etwa 0,5 (dann eine Konsumsteuerquote von 170%), und danach wird der Anstieg wirklich heftig. Bei einer Erwerbsquote von 10% hätten wir dann einen Steuersatz von über 700%.

Es ist leicht vorstellbar, dass Steuersätze in dieser Höhe einen massiven Anreiz zur Steuerhinterziehung darstellen. Wir haben schon bei einem vergleichsweise völlig harmlosen Steuersatz von 19% in einem gewissen Umfang Steuerhinterziehung, das wird schon bei einem Steuersatz von 100% massiv ansteigen. Wie 700% darstellbar sein sollen, ohne gleichzeitig die komplette Bevölkerung unter Generalverdacht zu stellen und einen Überwachungsstaat einzurichten, vermag ich mir nicht vorzustellen.

Man wird jetzt argumentieren, dass durch das Sinken der Erwerbsquote die Gewinne der Kapitalbesitzenden massiv ansteigen werde und daher auf M ansteige. Ich bin diesbezüglich skeptisch: Erstens bedeutet eine Erwerbsquote von 10% etwa 4 Millionen Haushalte mit Erwerbseinkommen.

Da werden die massiv Kapitalbesitzenden vielleicht 1% davon ausmachen. Selbst wenn die ihren Konsum verdoppeln sollten (warum eigentlich? Wegen der massiv gestiegenen Konsumsteuer? Ja dann aber bestimmt nicht in Deutschland), wird das M nicht nennenswert verändern.

Zudem: Wenn wir in Tabelle 1 die letzte Spalte betrachten, dann sehen wir einen massiv zurückgehenden Netto-Konsum (NK). Das ist auch nicht weiter verwunderlich, wenn 90% der Haushalte nur noch das Grundeinkommen hat. Dieser Rückgang ist in zweierlei Hinsicht problematisch: Erstens sinken dadurch Umsatz und dadurch auch Gewinne der Unternehmer - die ja fleißig konsumieren sollen, auf der anderen Seite müssten im gleichen Maße auch die Staatsausgaben zurückgefahren werden, oder SAF beginnt zu steigen.

Angenommen, die Staatsausgaben blieben bezüglich des Preisniveaus konstant, bei zurückgehendem Nettokonsum muss also SAF entsprechend ansteigen. Das würde dann wie folgt aussehen:

EQ	M	SAF	SS	NK
0,9	2,9	0,320	109,19%	2132,77
0,8	2,9	0,344	122,84%	1983,24
0,7	2,9	0,372	140,39%	1833,71
0,6	2,9	0,405	163,79%	1684,18
0,5	2,9	0,445	196,55%	1534,65
0,4	2,9	0,493	245,68%	1385,12
0,3	2,9	0,552	327,58%	1235,59
0,2	2,9	0,628	491,37%	1086,06
0,1	2,9	0,729	982,74%	936,53

Tabelle 2: Steuersätze bei konstanten Staatsausgaben

Jetzt sind wir also schon bei 983% statt 727% Steuersatz - und sobald ob dieser Steuersätze Steuervermeidung signifikant zunimmt, müssten die Steuersätze noch weiter steigen, um diesen Ausfall zu kompensieren.

Die andere Möglichkeit wäre, den Netto-Konsum konstant zu halten - also das Netto-Grundeinkommen entsprechend zu erhöhen (das Brutto-Grundeinkommen muss ohnehin massiv ansteigen, um die hohen Steuersätze zu kompensieren). Das wäre in einer Gesellschaft, die weit überwiegend vom Grundeinkommen lebt, im Hinblick auf den sozialen Frieden ohnehin eine gute Idee.

EQ	M	SAF	SS	NK	NGE	GE
0,9	2,94038	0,32	107,59%	2160,00	786,50	846,17
0,8	2,63462	0,32	132,94%	2160,00	936,00	1244,33
0,7	2,41409	0,32	165,35%	2160,00	1085,50	1794,89
0,6	2,24831	0,32	208,24%	2160,00	1235,00	2571,74
0,5	2,12026	0,32	267,66%	2160,00	1384,50	3705,75
0,4	2,02021	0,32	355,46%	2160,00	1534,00	5452,81
0,3	1,94347	0,32	498,36%	2160,00	1683,50	8389,94
0,2	1,89198	0,32	771,93%	2160,00	1833,00	14149,41
0,1	1,89533	0,32	1506,31%	2160,00	1982,50	29862,59

Tabelle 3: Steuersätze bei konstantem Netto-Konsum

Tabelle 3 zeigt, wie dabei das Netto-Grundeinkommen steigen müsste, um den Netto-Konsum und damit auch die Staatsausgabenquote konstant zu halten. M sinkt dabei von 2,94 auf 1,9 ab, der Steuersatz steigt dabei auf 1500% an. Folglich haben wir auch bei knapp 2000,- Euro Netto-Grundeinkommen ein Brutto-Grundeinkommen von rund 30.000,- Euro pro Person und Monat.

Fazit

Papier ist geduldig. In der Praxis werden sich die hier berechneten Werte nicht einstellen, weil zuvor das System geändert wird (freiwillig oder weil es zusammenbricht). Ausgehend von Tabelle 3 vermute ich, dass ein reines konsumsteuerfinanziertes Grundeinkommen nicht zu halten sein wird, sobald die Erwerbsquote nennenswert unter 0,7 sinkt.

Natürlich wird man auch bei einem System, das primär auf Einkommenssteuern setzt, die Steuersätze anheben müssen, sobald die Erwerbsquote sinkt. Aber diese Besteuerung setzt "an der Quelle" an und ist somit deutlich effizienter als die Besteuerung des Konsums, was für alle reinen Grundeinkommensbezieher ein "wir schieben Geld im Kreis umher" wäre.

Kurz: Von der Idee eines rein oder überwiegend konsumsteuerfinanzierten Grundeinkommens sollten wir uns verabschieden.